Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7468

21. 06. 90

Sachgebiet 7401

Antrag

der Abgeordneten Dr. Niehuis, Bindig, Brück, Großmann, Dr. Hauchler, Dr. Holtz, Kolbow, Luuk, Dr. Osswald, Schanz, Schluckebier, Toetemeyer, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Grundbildung in der Entwicklungszusammenarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß

- die Vereinten Nationen das Jahr 1990 zum Internationalen Alphabetisierungsjahr ausgerufen haben,
- die 4. Konferenz der Erziehungsminister der UNESCO-Region Europa im September 1988 in Paris eine Empfehlung zur Alphabetisierung und zur Förderung des Lesens und Schreibens verabschiedet hat, in der u. a. eine Verstärkung des europäischen Engagements bei der Bewältigung der Alphabetisierungsprobleme in Entwicklungsländern gefordert wird,
- die Weltkonferenz „Bildung für alle", welche die UNESCO gemeinsam mit der Weltbank, dem UNICEF und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) vom 5. bis 9. März 1990 nach Jomtien in Thailand einberufen hatte, konkrete bildungspolitische Schritte zur Erreichung des Zieles „Bildung für alle" beschlossen hat und
- die 42. Internationale Erziehungskonferenz (ICE) im September 1990, die Weltkonferenz der Erziehungsminister, in Genf unter dem Motto „Massiver Abbau des Analphabetismus" steht und der Erstellung konkreter nationaler Aktionspläne zur Verwirklichung der in Thailand beschlossenen Dokumente dienen soll.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aktiv an der weltweiten Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung mitzuwirken.

Das bedeutet, daß

- innerhalb des Etats des BMZ der bundesrepublikanische Beitrag für Grundbildung in der Dritten Welt höhere Priorität und
- der Grundbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gegenüber anderen Bildungsbereichen größere Bedeutung zugemessen wird.

Dabei sollen die bildungspolitischen Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, daß

- der Zugang zur Grundbildung für bisher vernachlässigte Gruppen durch ausreichendes Angebot und bessere Anreize (z. B. Schulspeisung) erleichtert wird,
- flächendeckend ein Primarschulsystem angeboten wird,
- für Jugendliche und Erwachsene, insbesondere Frauen, funktional orientierte Programme der außerschulischen Bildung im Rahmen von Alphabetisierungsprogrammen und beruflichen Bildungsmaßnahmen angeboten werden,
- Bildungsmaßnahmen qualitativ einen langfristigen Lernerfolg zeigen, wozu auch Nach-Alphabetisierungskampagnen gehören,
- die Versorgung mit Lern- und Lehrmaterialien und Lehrkräften sichergestellt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des Politikdialogs die Partnerländer aufzufordern,

- ihre Eigenanstrengungen zugunsten des Zieles „Bildung für alle" zu intensivieren,
- ihren Bildungshaushalt zugunsten der Grundbildung umzustrukturieren,
- ihre Militär- und Rüstungsausgaben in friedliche Zwecke zu konvertieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf multilateraler Ebene darauf hinzuwirken, daß

- auf EG-Ebene Maßnahmen zur Förderung der Grundbildung verstärkt gefördert werden,
- die Bildungshilfen der Geberländer koordiniert werden,
- bei Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank die Erziehungs- und Bildungshaushalte von Kürzungen ausgenommen werden,
- die Schuldenlast der Entwicklungsländer verringert wird,
- die im Rahmen der Ost-West-Entspannung freiwerdenden Mittel aus den Rüstungshaushalten für grundbedürfnisorientierte Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere zur Förderung der Grundbildung, verwendet werden.

Bonn, den 31. Mai 1990

Dr. Niehuis
Bindig
Großmann
Dr. Hauchler
Dr. Holtz
Kolbow
Luuk
Dr. Oswald
Schanz
Schluckebier
Toetemeyer
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

In der Welt leben heute fast eine Milliarde Analphabeten. Wachsende Schuldenlast und wirtschaftliche Rezession haben in vielen Entwicklungsländern die Ausgaben für Bildungsinvestitionen sinken lassen. Laut einer UNESCO-Studie aus dem Jahre 1990 ist in jedem zweiten Entwicklungsland der Anteil an Bildungsausgaben am Staatshaushalt zurückgegangen. Dieser Rückgang hat insbesondere die unterste Ebene des Bildungssystems getroffen, die Grundschulen und die außerschulischen Bildungsprogramme für Erwachsene. Speziell in Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum kann das Ziel, jedem Kind einen Schulbesuch zu ermöglichen, immer weniger erreicht werden. So sind laut UNESCO-Studie in zwei von drei Entwicklungsländern die Ausgaben pro Grundschulkind im letzten Jahrzehnt gesunken. Die Folge dieser Entwicklungen ist, daß die Zahl der Analphabeten weiter gestiegen ist. Zwei Drittel der erwachsenen Analphabeten sind Frauen.

Parallel zu dem quantitativen Rückgang ist auch die Qualität des Lehrens und Lernens gesunken. Da die Anschaffung von Lernmaterialien und Lehrmitteln mangels Finanzen zurückgeht, werden diese in den Grundschulen immer mehr zur Seltenheit. Auch die Lehrerversorgung ist nicht mehr gesichert. In jedem fünften Entwicklungsland sinken die Einschulungsraten, und hohe Schulabbrecherquoten untergraben die Effizienz des Bildungssystems.

Zu der Misere beigetragen hat auch die falsche bildungspolitische Prioritätensetzung vieler Entwicklungsländer, indem sie den Hochschulbereich relativ höher subventionieren als den Primar- und Sekundarschulbereich.

Die internationale Gemeinschaft hat auf die sich verschlechternden bildungspolitischen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern nicht angemessen reagiert. Die von der Weltbank durchgeführten Strukturanpassungsprogramme und die zu hohe Schuldenlast vieler Entwicklungsländer haben mit dazu beigetragen, daß die Bildungsausgaben im Staatshaushalt gesenkt wurden. Die Bildungshilfe im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat im letzten Jahrzehnt stagniert.

Auch die bundesrepublikanische Entwicklungspolitik hat die Grundbildung in ihrer bilateralen Zusammenarbeit vernachlässigt. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine

Anfrage der Fraktion der SPD hervorgeht, entfielen im Zeitraum von 1979 bis 1988 auf die Grundbildung von den FZ-Ausgaben nur 0,36 Prozent, von den TZ-Ausgaben nur ein Prozent (Drs. 11/6441).

Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht wird rund einer Milliarde Menschen auf dieser Welt nicht gewährt.

Analphabetismus hat nicht nur zu Folge, daß Menschen nicht lesen und schreiben können, sondern auch, „daß sie sich nicht beteiligen können an all den zielgerichteten Aktivitäten ihrer Gruppe und Gemeinschaft, bei denen Lesen, Schreiben und Rechnen erforderlich ist und an der weiteren Nutzung dieser Kulturtechniken für ihre eigene Entwicklung und die ihrer Gemeinschaft" (funktionale Analphabeten, UNESCO-Definition 1978). So werden Analphabeten auch eines Teils ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt.

Darum ist zu Beginn der neunziger Jahre eine neue entwicklungspolitische Prioritätensetzung zugunsten des Ziels „Bildung für alle" erforderlich.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333